

Der Handwerker des Krieges war Raymond Poincaré. Herr Poincaré hat nichts von einem Oviden an sich. Wer die Entwicklung dieses Staatsmannes verfolgt hat, ist über ihn vollends im Klaren. Die Vorgänge, mit der er nach 1914 die Verantwortlichkeit abgab (die er in Petersburg so dreist auf sich genommen hat), bestärken sich, so oft traund die Notwendigkeit es erfordert. Aber er ist kein Held, er ist zum mindesten weit entfernt, die über jedes Urteil hinausgehende Niedertracht des Herrn Gru zu erreichen. Bevor er nach Petersburg reist, versichert er sich des Einverständnisses Englands. Das geht aus der ganzen Sache hervor. Nie hätte er ohne formelle Zustimmung der britischen Diplomatie gewagt, einen Vertrag des Herrn Gru zu erreichen. Bevor er nach Petersburg abreiste, trug er das Versprechen in der Tasche, daß England auf der Seite Frankreichs und Russlands kämpfen werde. Und sehen wir zu, was er in Petersburg macht. Sein „tägliches Gespräch“, Jowoffski, ist es, der mit Hilfe von Sazanoff, Mr. Buchanan und Monsieur Paléologue sich anständig, den Feuerbrand in die Welt zu werfen.

Alle Dokumente stimmen hierin überein. Auch ist keineswegs auf den Krieg vorbereitet: der Kriegsminister Suchomilow, der in seinem Artikel vom 14. Juni den Schrei „Vorwärts!“ ausgeprochen hatte, erklärt abnehmend, er werde seinen Anteil haben an den Dingen, die zur Eröffnung der Feindseligkeiten führen. Der General Debrowoffski erklärt, daß man zum mindesten das Jahr 1914 abwarten müßte, um die nötigen Vorbereitungen zu Ende zu führen. Der russische Generalkommandant weiß, daß er nicht vorbereitet ist. Das russische Außenministerium ist in seiner Mehrheit für den Frieden. Was hat Nikolai II. betrifft, so geht aus seinen Depeschen an Wilhelm II. hervor, daß er entschlossen war, die allgemeine Mobilisierung anzurufen, welche in der Folge sein Todes-

urteil werden sollte; er hat es nur unter hartem Zwang getan, den imperialistischen Träumen Frankreichs und Englands zu dienen. Dies behauptet übrigens Herr Maurice Paléologue fester, der Hauptbeurkundungsbauer, der in diesen fürchterlichen Tagen nicht bringt. Nun, Raymond Poincaré ist es, der sich seit seiner Ankunft in Petersburg, ja, ehe er seinen Fuß auf die Erde Russlands gesetzt hat, als der Mann aufspielt, der entscheidet, der leitet und beschließt. Auf der kaiserlichen Nacht beginnt er bereits seinen Sturm auf Nikolai II. Er und immer wieder nur er spricht. Nikolai seinerseits — versichert Herr Paléologue — hat nichts zu tun, als seine Einwilligung zu geben. Während all dieser Tage hört Poincaré nicht auf, die Kriegsfackel zu schwingen. Sazanoff muß schließlich und wir müssen ihn unterstützen, befiehlt er dem französischen Botschafter. Er droht dem österreichischen Botschafter mit einem europäischen Krieg, falls sein Land in Serbien intervenieren sollte und kehrt nach Frankreich nicht ohne die Abmachung mit der russischen und der englischen Diplomatie heim, daß Österreich nicht benachteiligt werden solle. Serbien zu der Ruhe zu verhalten, die es ihm schuldet. Seit seiner Abreise begann Russland, — wie der Jar ausgab — mit den militärischen Vorbereitungen. Diese wurden nach den dramatischen Momenten des Raudens — am 30. Juli — durch die allgemeine Mobilisierung gekrönt, wodurch im selben Augenblick die Weltkatastrophe ausgelöst wurde.

Wie man begreifen wird, ist es unter diesen Verhältnissen wenig von Bedeutung, daß die deutsche Regierung den Entstellungen einer momentanen Opportunismus nachgab. Es protestiert also gegen den Artikel 21 des Vertrages von Versailles, der Deutschland die Schuld am Kriege zuschreibt. Die

Diskussion dieser Frage ist vor der ganzen Welt eröffnet. In Frankreich, in England und Amerika, wie überall, eben die angeführten Untersuchungen damit, daß man die Wahrheit unter Bergen von Verleumdungen hervorzieht, unter welchen man hofft sie begraben zu haben. So gebort man dem gleichen instinktiven Bedürfnis des Bewußtseins, das den Völkern veranlaßt hat, sich in Genuß zu verkommen, — und wie unvollkommen übrigens, — den Begriff „Angreifer“ zu definieren und den Charakter einer als Angriff betrachtenden Handlung festzustellen. Das ist dieselbe Voreingenommenheit, von der die Verfasser des Versailler Vertrages befallen waren: sie konnten nicht damit rechnen, Deutschland zu verurteilen, ohne es angehört zu haben, ohne ihm ihre Dokumente und Beweise mitgeteilt zu haben und ohne es zur Diskussion zuzulassen. Sie selbst sind es, die jetzt die Tür zu der unvermeidlichen Revision öffnen... und die demnach ihre eigene These von früher außer Kraft setzen.

Nur durch Klugheit war es möglich, die Wüter im Jahre 1914 gegeneinander anzuketten, man wird sie auch nicht anders verflüchten, als durch Enthüllung der Wahrheit.

Eine Kundgebung des kirchlich-sozialen Bundes.
Berlin, 24. Okt. Der kirchlich-soziale Bund nahm gestern nach einem Vortrag des Prof. Dr. Döschel über die Reichsstaatsbankrott gegen drei kommunistische Stimmen eine Entschließung an, in der betont wird, daß nach den Ausführungen Döschels die Reichsstaatsbankrott bis zum Ausbruch des Krieges als solche einwandfrei festgestellt sei. Der Widerruf der Reichsstaatsbankrott durch die deutsche Regierung müsse den fremden Regierungen ohne Verzögerung mitgeteilt werden.

Der Wechsel der deutschnationalen Parteiführung

Pressstimmen zu Bergs Rücktritt.

Berlin, 24. Oktober. Die „Kreuzzeitung“ schreibt zum Rücktritt Bergs: Der Minister des Staatsministeriums Dr. Berg von der Parteiführung, bedeutet eine lokale Einlenkung seiner über die Tages-Begebenheiten abgegebenen Erklärungen. Die Vereinerlichung der deutschnationalen Reichsstaatsbankrott, wie er sich nun einmal die Dinge im politischen und besonders im Parteileben zu entwickeln pflegen, auch auf die Parteiführung anzuwenden. Es ist kein Geheimnis, daß eine sehr erhebliche Zahl der deutschnationalen Wähler, bereits über das Ja der 1. einen Teil der Schuld an diesem Vorgang der Abführung zuzuschreiben. Dr. Berg hat nun die Konsequenzen gezogen und dadurch den Aufmarsch für die bevorstehenden Wahlen fraglos erleichtert. Er hat damit der deutschnationalen Sache ein persönliches Opfer gebracht, das ihm, der lange Jahre die Partei geführt hat, nicht leicht zu werden kann. Die Parteiführung hat ihm mit Recht den Dank für seine unermüdbare Tätigkeit auszusprechen. Auch was nicht immer mit seinen Entschlüssen und der Ausführung an einzelnen einverstanden gewesen ist, wird sich dieser Anerkennung anschließen, namentlich, wenn er sich die Schwierigkeiten der Abführung einer großen Partei in der heutigen Zeit verantwortungsvoll Artikel ist oft leicht, weil sie die Motive nicht immer überblickt. Die Deutschnationalen aber werden ihren Dank an den zurückgetretenen Führer am besten abgeben können, wenn sie jetzt in feiner Entschlossenheit in den Wahlkampf gehen.

Die „Deutsche Zeitung“ weist darauf hin, daß Berg das bedeutende und einflussreiche Amt eines Parteiführers seit Gründung der Deutschnationalen Volkspartei bekleidete. In der Zeit vor der Revolution war er, der kluge und gewissenhafte Erbe altpreussischer Beamten-treue, wie vielleicht nur wenige, dazu berufen gewesen, eine große staatsbeherrschende Partei mit Erfolg zu leiten. Den Aufgaben eines Führers der vaterländischen Bewegung im heutigen Deutschland war er jedoch nicht gewachsen. Niemand wird aber Berg als Menschen aus dieser Tatsache einen bösen Vorwurf machen. Sondern, Unfälle und Pflichterfüllung haben eben nicht in einer vorwärtsstürmenden Kampfbahn, die rücksichtslose Entschlossenheit und lächeln Vorgehen von den Vertretern politischer Geschäfte verlangt. Nicht tatsächliche Ergebnisse und seine diplomatischen Fähigkeiten des Reichsstaatsbankrott, sondern seine unerschütterliche Aufrichtigkeit, seine Energie und unerschütterliche Aufrichtigkeit. Was die nicht mehr lange auf sich warten lassenden Neuwahlen der Deutschnationalen Volkspartei einen Mann als Kandidat für den Reichstag an die Spitze stellen, der alle diese seltenen Eigenschaften in sich vereinigt.

Proj. Gerland volksparteilicher Reichstagskandidat.

Berlin, 24. Okt. Der aus der Demokratischen Partei ausgetretene Professor Gerland wird von der Deutschen Volkspartei an einer Stelle in Erfurt aufgestellt werden.

Das Zentrum sucht sich reinzuwaschen.

(Fortsetzung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 24. Okt. Von den Zentrumabgeordneten Muegard und Kammer, die das Zentrum bei den Verhandlungen mit den anderen Parteien in den letzten

Wochen vertreten, wird eine Erklärung veröffentlicht, die sich gegen die Behauptung wendet, daß die Zentrumsfraktion ihr Wort den Deutschnationalen gegenüber nicht gehalten habe. Die Erklärung besagt, die Zentrumsfraktion habe im Mai einstimmig auf dem Standpunkt gehalten, daß bei Annahme des Sachverständigen Gutachtens durch die deutschnationalen Reichstagsabgeordneten eine entsprechende Vertretung in der Reichsregierung erhalten müsse. Die Zentrumsfraktion habe ihr Möglichstes getan, um eine Mitarbeit der Deutschnationalen in der Regierung herbeizuführen. Die politischen Vorkommnisse hätten deutlich gezeigt, daß eine Erweiterung der Regierung nicht an der Haltung des Zentrums, sondern an anderen Ursachen gescheitert sei.

Die Wahlsparole der Landwirtschaft.

(Fortsetzung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 24. Oktober. Die Präsidenten des Reichslandbundes haben an die Mitglieder des Reichslandbundes nachstehenden Aufruf gerichtet:
Die Neuwahlen zum Reichstag und zu verschiedenen Landtagen am 7. Dezember 1924 heißen das deutsche Volk vor ernste Entscheidungen. Durch Bewirb der Aufrufe der einzelnen Parteien und der widersprechenden Darlegungen der Parteipresse hindurch gilt es für die deutsche Landwirtschaft klar zu erkennen, um was es bei den kommenden Wahlen geht. Die deutsche Landwirtschaft kann ihr hohes vaterländisches Ziel, das deutsche Volk aus den tiefen Abgründen zu erheben, nur dann erreichen, wenn die nationalpolitische Bedeutung des Schutzes und der Intensivierung der landwirtschaftlichen Produkte von der Regierung anerkannt und gesichert wird. Das deutsche Volk kann seine Kultur und volkspolitischen Aufgaben, ein fester Druck der Erhaltung und Erneuerung deutschen Volkstums zu sein, dann nur verwirklichen, wenn es in seiner Eigenart auch in der Staatsleitung selbst Gehör und Geltung findet.

Es handelt sich am 7. Dezember für uns darum, die Voraussetzungen zu schaffen, daß der Staat wolle, der künftig im Reich und in den Ländern herrscht, maßgebend in nationaler, kultureller und wirtschaftspolitischer Hinsicht durch das deutsche Volk mitbestimmt wird. Wir halten es daher für richtig, unsere Reichstagsabgeordneten, sich von Anfang an mit allem Nachdruck dafür einzusetzen, daß nur solche Persönlichkeiten auf die Stimmen des im Reichslandbund organisierten Volkstums zählen können, die rücksichtslos persönlich dafür streben, daß bei den kommenden Regierungsabteilungen in Reich und Ländern Volkswirtschaft und Landwirtschaft ihrer Bedeutung und Stärke entsprechend in den Kabinetten selbst vertreten sind. Die Forderung des Bauernkampfes ist: Für nationale und christliche Volksgemeinschaft, gegen Internationale und Klassenkampf.

Ein republikanischer Reichstagsblock?

(Wagner-Druckbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Berlin, 24. Oktober. In einer gestern sozialdemokratischen Wahlversammlung in Berlin-Romansow sagte der von der Partei beauftragte Vorsitzende, es seien ernste Überlegungen im Gange, einen großen republikanischen Block für den nächsten Reichstag zu bilden. Beschlüssigt die Durchführung des Wahlkampfes sei schwierig, da die Parteifläche durch die Reichstagswahl im Mai stark erschöpft sei.

Landtagswahl in Preußen.

(Fortsetzung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 24. Okt. Der preussische Landtag, der noch bis einen Tag vor der Neuwahl, also bis zum 6. Dezember, als fortbestehend gilt, beendet heute seine parlamentarischen Arbeiten. Eine polnische Anfrage über die Nachtteiligung von polnischen Wäldern wurde durch eine kurze Erwiderung des Innenministers Severing erledigt. Schließlich wurde über das deutschnationalen Wahltrauendvotum gegen die sozialdemokratischen Mitglieder des preussischen Kabinetts, sowie gegen das demokratische Mitglied Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf abgemittelt. Die Ablehnung des Wahltrauendvotums gegen den Minister des Innern Severing erfolgte mit 206 gegen 80 Stimmen bei einer Enthaltung. Das Wahltrauendvotum gegen den Handelsminister Biering wurde mit 198 gegen 79 Stimmen, das gegen den Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf mit 197 gegen 82 Stimmen abgelehnt. Bei der letzten Abstimmung enthielten sich drei Mitglieder der Stimme. Das Wahltrauendvotum gegen den Ministerpräsidenten Brauns wurde mit 192 gegen 79 Stimmen abgelehnt, bei zwei Stimmenthaltungen.

Wahlpräsident Warnich stellte die Erledigung der Tagesordnung fest und erbat und erhielt die Ermächtigung für das Präsidium, den Landtag bis zum 6. Dezember noch einmal einzuberufen, falls die politischen Verhältnisse dies erforderlich machen.

Als die Sitzung geschlossen wurde, erhob sich auf der Subtribüne ein junger Mann und warf mit lauten Zurufen einen großen Stoß kommunistischer Flugblätter in den Saal. Die Tribünen wurden darauf geräumt, während der Sitzungssaal sich langsam leerte.

Ein neuer polnischer Gewaltakt.

(Fortsetzung unserer Berliner Schriftleitung.)
Das polnische Liquidationskomitee hat die Liquidation des evangelischen Klumna's Paulinum in Polen auszusuchen des polnischen Staates beschloß und damit begonnen, das Liquidationsverfahren, das bereits Tausende von deutschen Bauern aus dem Lande jagt, auch auf die kirchlichen Liebeswerke auszuweiten. Das polnische Paulinum wird von einem Kuratorium geleitet, das nur aus polnischen Staatsbürgern besteht. Ebenso besitzen die beiden Klöster, die im Paulinum tätig sind, das polnische Staatsbürgerrecht. Die Abgabe des Paulinums sind gleichfalls 2000 polnische Staatsbürger. Außerdem haben die klösterlichen und assoziierten Wälder in der Wälderzone zum Liebesvertrauen erklärt, bei der Liquidation wissenschaftlicher und pädagogischer Institute besondere Rücksicht zu nehmen. Während der fürchterlichen Inflationen war es nur möglich, das Paulinum zu halten durch Liebesgaben aus Schweden, Dänemark und Amerika. Diese Vermittlungen des Auslandes sollen jetzt durch die Maßnahmen des Liquidationskomitees verachlässigt gemacht werden. Es ist anzunehmen, daß sich in der ganzen evangelischen Welt ein Sturm der Entrüstung gegen diesen Eingriff in das kirchliche Leben erheben wird. Wegen der Wichtigkeit des Liquidationskomitees ist Einspruch erhoben worden. Es bleibt abzuwarten, ob er Erfolg hat.

Eine polnische Tendenzfrage.

Tanzig, 24. Oktober. „Gazeta Wdanska“ meldet aus Braunsberg, daß man dort eine weitverbreitete antisemitische Organisation auf die Spur gekommen sei, und bei einem Deutschen, der Mitglied des Sejm und Senatsbüreau sei, im Keller vergraben 15 Kilogramm Explosivmaterial und einige Meter Punte in „Berliner Padung“ gefunden habe. Der tatsächliche Vorgang ist: Am Keller des Hauses, das der Mutter eines der Vorstandsmitglieder der Antisemitische Organisation gehörte, wurde eine Mine mit Sprengstoff französischer Herkunft gefunden. Die Hausbewohner hatten keinerlei Kenntnis von dem Sprengstoff, was sich auch daraus ergibt, daß sie den Keller jederzeit mit offenem Licht betreten. Die Herkunft des Sprengstoffes erklärt sich daraus, daß im Jahre 1920 die französische Militärkommission in diesem Hause ihren Sitz hatte.

Die Gehaltsforderungen der Beamenschaft

Berlin, 24. Okt. Auf Einladung des Deutschen Beamtenbundes traten gestern die Vertreter der Spitzenorganisationen der Beamenschaft zu einer Konferenz zusammen, in der erneut zur Frage einer Gehalts-erhöhung Stellung genommen wurde. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, eine Deputation zum Reichsstaatsminister zu entsenden und diesem die Forderung der Beamtenorganisationen auf Verringerung von Vorkaufshandlungen zu unterbreiten. Gleichzeitige wurde beschlossen, die Aktion nach Möglichkeit in gemeinsamer Front mit der Arbeiterkassette durchzuführen.

Die jetzigen Gehälter und Löhne im Vergleich zu denjenigen von 1913.

Nach den Angaben des Statistischen Reichsamtes haben im Monat September 1924 die Monatsgehälter für höhere Beamte (Gruppe XI, Klasse A) 547,50 Goldmark gegen 608 im Monatsdurchschnitt 1913 betragen, die Monatsgehälter für mittlere Beamte (Gruppe VIII, Klasse A) ließen sich im vorigen Monat auf 344 Goldmark gegen 342 im Monatsdurchschnitt 1913, die Monatsgehälter für untere Beamte (Gruppe III, Klasse A) waren 189,50 Goldmark gegen 157 im Monatsdurchschnitt 1913.

Für gelernter Arbeiter betrug der Wochenlohn im August 1924 (die Berechnung für September liegt noch nicht vor) 35,76 Goldmark gegen 34,85 im Monatsdurchschnitt 1913. Für ungelernte Arbeiter betrug der Wochenlohn im letzten August auf 27,85 Goldmark gegen 24 im Monatsdurchschnitt 1913. Bei der Beurteilung der Gehalts- und Lohn-Einnahmen der Beamten bzw. der Arbeiter muß ausgleichend die Tatsache sein, daß der Lebenshaltungskosten-Index im Vergleich zu 1913 sehr gestiegen ist; er war, wenn man diesen Index für 1913 noch dem Monatsdurchschnitt mit 100 bezeichnet, im September 1924 und im August 1924 114,0.

Die Befreiung von Ruhr und Rhein.

Der Abzug der Truppen.

(Wagner-Druckbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Düsseldorf, 24. Okt. Der „Wain“ meldet: Die aus dem Dortmund-Gebiet abgezogenen Truppen werden in dem Belagungsgebiet, soweit es nicht geräumt wird, der Militärtransport nach Frankreich erfolgt erst nach Abklärung der Ruhräumung.

Dem gleichen Blatte zufolge wurde vom französischen Kriegsministerium beschlossen, die Truppenstärke im besetzten deutschen Gebiet auch für Monat November unverändert zu lassen.

Die wirtschaftliche Räumung.

(Wagner-Druckbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Gelsen (Ruhr), 24. Oktober. In der Nacht vom 27. zum 28. dieses Monats, um 12 Uhr, werden die von den Besatzungsmächten in eigene Regie genommenen Werkeanlagen, und zwar König Ludwig sowie die beiden den Glühwerken zugehörigen Werke der, den deutschen Besitzern zurückgegeben werden. Die deutschen Glühwerkwaltungen werden ihrerseits den Betrieb auf den Zechen am 29. und 30. wieder aufnehmen und im Interesse der Wechheit der Belegschaft und einer geordneten Betriebsführung die notwendigen Anordnungen und Verfügungen treffen.

Französisches Verbot eines deutschen Films.

(Wagner-Druckbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Düsseldorf, 24. Oktober. Die französische Besatzung hat im Präsidentenpalast Düsseldorf die von der Sächsischen Filmgesellschaft in München hergestellten und betriebenen Filme „Der letzte Mohikaner“ verboten.

Auch ein Zeichen des „neuen Geistes“.

(Wagner-Druckbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Dortmund, 24. Okt. Die Franzosen haben bei ihrem Abzug 8 in Unterbringung befindliche Deutsche mitgenommen, um sie durch die Kriegsgerichte im noch besetzten Gebiet aburteilen zu lassen. Die Galt war wegen Gefährdung der Besatzungsgarnison verhängt worden.

Die dritte Oktoberfrage.

Die Stadt Dortmund bezieht ihre Gesamtaufwendungen für die 1-jährige Okkupation auf fast 11 Millionen Goldmark.

Berlin, 24. Okt. Die von Deutschland zu zahlende dritte Oktober-Rate ist von dem stellvertretenden Generalagenten für Reparationszahlungen auf 15 Millionen Goldmark festgelegt. Nach Mitteilungen des Generalagenten laufen auch die Zahlungen von der Regie in besterdingender Weise ein.

Morgan greift Frankreich unter die Arme.

Paris, 24. Oktober. Die seit Ende der vergangenen Woche mit der Gruppe Morgan geführten Verhandlungen über eine französische Staatsanleihe in Amerika sollen unmittelbar vor dem Abschluß stehen. Wie bereits früher berichtet, wird Frankreich einen Kredit in Höhe von 150 Millionen Dollar erhalten.

Die französische Handelspolitik.

Paris, 24. Oktober. In der gestrigen Sitzung des Kongresses der französischen Außenhandelsräte in Lyon sprach sich, wie bereits berichtet, Ministerpräsident Leger über die französische Zoll- und Handelspolitik aus. Er erklärte u. a., während die meisten Länder im Bereich seien, neue Tarife aufzustellen, wolle Frankreich den Versuch machen, auf Grund seines noch unvollkommenen Zolltarifes von 1902 zu verhandeln. Vor 1919 habe Frankreich schon die Reichsvereinbarung angenommen und um nicht bei seiner Anfuhr auf schutzbünerische Mauern zu stoßen, habe es besonders beherrschende Tarife gehabt. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen des Kongresses wurde seitens des Außenhandelsrates durch eine Resolution vorgelegt, in der der baldige Abschluß eines modus vivendi mit Deutschland auf Grund des Gesetzes von 1919 gefordert wird. Die Resolution verlangt, daß dieser modus vivendi nur von befristeter Dauer sei, damit Frankreich und Deutschland in der Zwischenzeit die weiteren Grundlagen für ein handelspolitisches Abkommen suchen können. (W.F.Z.)